

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 23.

Charlottenburg, Freitag, den 9. Juli 1920.

Jahrg. 47.

Richtigstellung.

In dem in Nr. 26 der „Ameise“ veröffentlichten Antrage des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge und Unterstützungsätze sind in den Tabellen über Erwerbslosenunterstützung und über Streit- und Maßregelungsunterstützung einige Fehler enthalten. Wir lassen deshalb beide Tabellen mit den richtigen Zahlen folgen:

Erwerbslosenunterstützung.

Nach einer Beitragsleistung von:

Beitrag Pf.	52 Wochen pro		156 Wochen pro		260 Wochen pro		416 Wochen pro	
	Woche Mk.	Tag Mk.	Woche Mk.	Tag Mk.	Woche Mk.	Tag Mk.	Woche Mk.	Tag Mk.
140	16,80	2,80	18,20	3,03	19,60	3,26	21,—	3,50
220	26,40	4,40	28,60	4,76	30,80	5,13	33,—	5,50
300	36,—	6,—	39,—	6,50	42,—	7,—	45,—	7,50
370	44,40	7,40	48,10	8,01	51,80	8,63	55,50	9,25

Streit- und Maßregelungsunterstützung.

Unterstützung

nach 26 wöchentlichem Beitragszahlung nach 52 wöchentlichem Beitragszahlung

Beitrag Pf.	nach 26 wöchentlichem Beitragszahlung		nach 52 wöchentlichem Beitragszahlung	
	pro Woche Mk.	pro Tag Mk.	pro Woche Mk.	pro Tag Mk.
140	24,—	4,—	30,—	5,—
220	37,40	6,23	46,20	7,70
300	51,—	8,50	63,—	10,50
370	62,90	10,48	77,70	12,95

Der Verbandsvorstand.

Konzentration.

Den aufmerksamen Beobachtern dürfte nicht entgangen sein, daß sich in letzter Zeit die Konzentration des Kapitals im beschleunigten Tempo vollzieht. Fast täglich finden sich in der Presse Nachrichten, die dafür neue Beweise sind. Kleine Unternehmungen werden von größeren, kapitalkräftigeren aufgesaugt; große Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art schließen sich zusammen. Große Banken übernehmen die Finanzierung, und diese Geldinstitute werden immer mehr zu Beherrschern der Industrie. Diese Entwicklung geht geradezu mit Riesenschritten vorwärts. So wurde erst wieder in den letzten Tagen mitgeteilt, daß die Gesellschaft Gebrüder Stumm erst vor kurzem die Mehrheit der Aktien der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke in Gelsenkirchen, ferner die Köln-Lindenthaler Metallwerke, den Aplerbecker Aktienverein für Bergbau (Zeche Ber. Margarethe) und einen größeren Prozentsatz von Aktien des Gußstahlwerkes Witten erworben hat und in den letzten Tagen dazu übergegangen ist, ihren Einfluß auf Gesellschaften des industriellen Westens abermals zu erweitern. Zunächst wurde von ihr die Majorität der Aktien der Deutschen Lastkraftwagenfabrik in Ratingen bei Düsseldorf, die in der Hauptsache Lastkraftwagen herstellt, erworben, ferner sind in ihren Besitz fast sämtliche Aktien der Rheinisch-Westfälischen Bauindustrie-Aktien-Gesellschaft in Düsseldorf aufgekauft worden, und neuerdings hat sie sich an der Norddeutschen Gütte in Osterhausen bei Bremen beteiligt. Dadurch gewann sie zugleich maßgebenden Einfluß auf die Steintohlenzeche Admiral in Görbe, deren Augenmehrheit sich im Besitze der Norddeutschen Gütte befindet. Die Firma Gebr. Stumm hat darüber hinaus noch die Absicht, sich an anderen Unternehmungen des Bergbaus, der Güttindustrie und der Maschinenfabrikation zu beteiligen.

Auch in der Porzellan- und Steingutindustrie ist die gleiche Entwicklung zu beobachten. Einige Aktiengesellschaften und Großbanken ziehen immer mehr Werke an sich. Sie werden dadurch nach den verschiedensten Seiten hin immer mehr konzentriert in der Industrie. Vor allem hat diese Konzentration die Wirkung, daß die Konkurrenz der einzelnen Betriebe untereinander immer mehr ausgeschaltet wird. Preisunterbietungen werden dadurch auf ein Mindestmaß herabgedrückt, und die Position der Unternehmer gegenüber den Verbrauchern wird infolgedessen eine günstigere. Die vollständige Ausschaltung der Konkurrenz wird durch die Zusammenfassung der Unternehmungen in Fachverbänden angestrebt. In den verschiedenen Zweigen innerhalb unserer Industrie sind die Betriebe in folgenden Fachverbänden vereinigt: Verband der Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen, Verband der Luxusporzellanfabriken, Verband der elektrotechnischen Porzellanfabriken, Vereinigung der Spülwaren- und Sanitärkeramikfabriken, Vereinigte Steingutfabriken und Verband der Wandplattenfabriken. Diese Organisationen erfassen ziemlich restlos alle in Frage kommenden Betriebe. Sie stellen Richt- und Mindestpreise fest und wachen aufs strengste darüber, daß keine Unterbietungen vorkommen. Die alte Wirtschaftsregel, daß Angebot und Nachfrage den Preis einer Ware regulieren, wird dadurch stark zugunsten der Unternehmer eingeeengt. Während bei starker, das Angebot übersteigender Nachfrage die günstigen Chancen der Unternehmer gegenüber den Käufern voll ausgenutzt werden, wird bei umgekehrter Konstellation das Sinken der Verkaufspreise stark gehemmt. Die Konzentration zu großen Unternehmungen und der Zusammenschluß der Betriebe in den Fachverbänden hat also die beabsichtigte Wirkung einer Sicherung hoher, die Herstellungskosten möglichst weit übersteigender Verkaufspreise.

Da es auch für die Steigerung der Verkaufspreise Grenzen gibt, die entweder durch die Weltmarktpreise, oder, falls für die betreffenden Waren Schutzzölle bestehen, und so auch die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet ist, durch das Erlahmen der Kaufkraft der Konsumenten gezogen werden, kann der Unternehmer nicht unter allen Umständen die Spanne zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreisen in gleicher Höhe aufrechterhalten, sondern es kann der Fall eintreten, daß trotz einer Steigerung der Herstellungskosten die Verkaufspreise nicht erhöht werden können, unter Umständen sogar herabgesetzt werden müssen.

Identisch mit der Spanne zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreisen ist aber der Gewinn des Unternehmers. Logischerweise geht deshalb das Bestreben jedes einzelnen Unternehmers dahin, zugleich mit der Sicherung hoher Verkaufspreise die Herstellungskosten der Waren möglichst niedrig zu halten. In den Industrien, wo sich die Herstellungskosten mehr wie in der Porzellan- und Steingutindustrie neben den Löhnen zu einem größeren Teil aus Unkosten für Rohstoffe, Materialien und Teilsfabrikate zusammensetzen, sehen wir, wie sich die Unternehmungen verhältnismäßig billige Rohstoffe usw. dadurch sichern, indem sie andere Unternehmungen, die solche produzieren, an sich ziehen. Dafür ist besonders die Entwicklung in der Schwerindustrie recht lehrreich. Aber auch in unserer Industrie finden sich dafür Beispiele. So haben wir Unternehmungen, die sich eigene Tongruben angegliedert haben; manche stellen Matrizen, Holzwolle und Risten selbst her. Andere riesenunternehmungen, die die Erzeugnisse elektrotechnischer Porzellanfabriken benötigen, eignen sich solche Porzellanfabriken selbst an; z. B. Hennigsdorf, Neuhaus bei Sonneberg, Neustadt bei Coburg.

Gleichbedeutend mit einer Erhöhung der Herstellungskosten ist für die Unternehmer eine Erhöhung der Löhne. Sie versuchen

daher stets, dieselben möglichst niedrig zu halten und die Forderungen der Arbeiterschaft abzuwehren. Um das mit mehr Erfolg, als es dem einzelnen Unternehmer gelingen würde, tun zu können, haben sie sich außer zu den vorstehend behandelten Fachverbänden zu besonderen Arbeitgeberverbänden zusammengeschlossen. Wir finden solche mit rein territorialem Aufbau, d. h. solche, die ohne Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Industriezweige die Arbeitgeber eines Ortes oder Bezirkes umfassen, und solche, die die Arbeitgeber eines bestimmten Industriezweiges in sich vereinigen. Zu letzteren rechnet auch der Arbeitgeberverband für die deutsche feinkeramische Industrie.

Diese Industrie-Arbeitgeberverbände sind wieder zu sogenannten Spitzenverbänden, dem Reichsverband der deutschen Industrie, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und dem Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie zusammengeschlossen. Am 18. Juni d. J. haben sich die Spitzenverbände der gesamten Unternehmerschaft zu einem Zentralausschuß der deutschen Unternehmer koalitiert.

Zu diesem Zentralausschuß gehören der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband der deutschen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, der Reichsverband der deutschen Industrie, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, der Hansabund für Handel, Industrie und Gewerbe, der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Reichsverband der Bankleitungen, der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen und die Zentralfstelle für das deutsche Transport- und Verkehrswesen.

Als Zweck dieses Zusammenschlusses des Bank- und Industriekapitals und der Agrarier wird die geschlossene Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen angeführt. Es wird wohl niemand daran zweifeln, daß die Unternehmer das Bestreben der Arbeiterschaft auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit zu den gegen sie gerichteten Bestrebungen zählen, deren Abwehr durch diesen Zusammenschluß bezweckt wird.

Also auch hier fortschreitende Konzentration, eine immer kompaktere Zusammenfassung der Kräfte, die vor allem gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft in Anwendung kommen sollen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß es unter den Unternehmern einflußreiche Heißsporne gibt, die der Auffassung huldigen: die beste Abwehr ist der Sieg. Es ist daher nur eine Frage vorher nicht berechenbarer Umstände, ob nicht über kurz oder lang die Unternehmerschaft, gestützt auf ihre starken Organisationen und gefüllten Kriegskassen, zum Angriff übergeht. In der Zeit der wirtschaftlichen Depression ist der Anreiz dazu besonders stark.

Die Unternehmer sammeln ihre Heerhaufen und rüsten, um für alle Fälle gesichert und schlagfertig zu sein. Nun wir das gleiche. Stärken wir unsere Organisation, indem wir ihr auch die erforderlichen Mittel zukommen lassen. Wer ist kurzfristig genug, hier nicht mitzutun?!

Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften.

(Fortsetzung.)

Für uns steht fest, daß Deutschland wirtschaftlich sich am ehesten erholen könnte, wenn wir an Stelle der kapitalistischen Produktionsweise, wo der einzelne Arbeiter kein mitschaffendes Wesen ist, die sozialistische Produktionsweise setzen, wo er mit viel größerer Lust an die Arbeit geht, weil er weiß, er arbeitet für sich. Wir wissen, daß ein Volk wie das unserige unmöglich noch lange in allen Zweigen der Industrie die kapitalistische Produktionsweise ertragen kann, daß unser Volk nicht nur den Willen und die Kraft, sondern auch die sittliche und moralische Berechtigung dazu besitzt, zu verlangen, da, wo es irgend möglich ist, mit der Profitwirtschaft ein Ende gemacht und mit der Gemeinwirtschaft begonnen wird. Weiter ist wichtig, daß die politische Freiheit uns die Möglichkeit gegeben hat, nunmehr auf dem Gebiet der Demokratie ein Stück weiter zu kommen. Der deutsche Arbeiter und der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt ist in diesem kapitalistischen Betriebe als ein Objekt, er ist nicht ein lebendes Wesen, das mit seinen gesamten geistigen und physischen Kräften an der Produktion von Gütern mitwirken kann. In der kapitalistischen Produktion ist er nur ein Arbeitsinstrument, seine Arbeitskraft wird insoweit benutzt, wie es der kapitalistische Unternehmer für notwendig hält. Ueber diesen Rahmen hinaus gestattet er ihm nicht, im Betriebe mitzuwirken, seine Hand- und Kopfarbeit ist in das System der Produktion eingespannt, aber darüber hinaus die Be-

triebsleitung kennen zu lernen, mitzudenken und mitzutun zu können wie die Produktion rationeller eingerichtet, größere Erträge erzielt auf alle diese Dinge hat er als Arbeitswerkzeug keinen Einfluß. Erst mit dem Augenblick gewinnt er eine höhere Stellung im Produktionsprozeß, wo versucht wird, ihn aus dem Rahmen des bloßen Werkzeugs herauszuziehen und mit seinen ganzen geistigen Kräften hineinzustellen in den Produktionsprozeß, ihm zu ermöglichen, mit seinen geistigen Kräften an dem Werke mitzuschaffen, mitzuwirken und sich als gleichberechtigt im Produktionsprozeß zu fühlen. Die Stellung, die er dann einnimmt, wird so sein, wie er imstande sein wird, sie zu machen. Der Betriebsrat wird je nachdem im steigenden Umfang im Produktionsprozeß sich Einfluß erobern wie er vermöge seiner Fähigkeit und Eigenart ihn sich zu erwerben versteht. Ebenso wie wir erst mühsam und unvollkommen innerhalb der Gewerkschaften die Platzvertreter, die Tarifvertreter, die Berater im Tarifamt uns erworben haben, und wie wir uns aus der geistigen Ungleichheit infolge unserer Schulbildung erst langsam und Stückweise emporgearbeitet haben zu höherem Wissen und Können, um nun als gleichberechtigte Faktoren im gewerkschaftlichen Kampf den Unternehmern und Behörden gegenüber anerkannt zu werden, so wird jeder einzelne Betriebsrat unter Anleitung der notwendigen technischen Kenntnisse sich erst langsam und weit heraufarbeiten können, bis wir dann im vollen Umfang neben unseren physischen auch unsere geistigen Kräfte im Dienste der Gemeinschaft anzuwenden in der Lage sind. Ich will das Betriebsrätegesetz im einzelnen hier nicht besprechen, sondern erwähne es nur als Instrument für unsere neuen Aufgaben, die wir im vollen Umfange zu erfüllen im Interesse der Arbeiterklasse verpflichtet sind. Auch dies neue Instrument gibt uns die Möglichkeit, aus dem Arbeitswerkzeug, das der Arbeiter bisher war, eine lebendige, gleichberechtigte Kraft zu machen, die im Wirtschaftsprozeß neben dem technisch Gebildeten oder dem Betriebsleiter sich hineinbewegt in diese schweren Aufgaben und nun die Kenntnisse sich erwirbt, die zur rationalen Betriebsleitung notwendig sind. Dazu gehört, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung diesen Kräften die größte Hilfe zu leisten hat, daß sie den Obleuten und Betriebsräten mit all jenen Hilfsmitteln beispringen muß, die sie leichter beschaffen sollen, die schweren Aufgaben zu begreifen. Die deutschen Gewerkschaften müssen die Obleute und Betriebsräte durch Schulung unterrichten über technische Betriebsleitung, über Buchführung, über Behandlung der Instrumente und Werkzeuge, sie müssen über alle den Arbeitern heute zumeist fernstehenden Gebiete der Betriebsleitung Aufklärung erteilen können, einmal allgemein und zweitens berufsmäßig. Das muß geschehen durch die Zentrale der Gewerkschaften. Es muß die notwendige Verbindung unter den deutschen Betriebsräten hergestellt werden durch eine fachtechnische Leitung, die die gewonnenen Erfahrungen den Arbeitern und Betriebsräten im letzten Dorf und letzten Steinbruch übermitteln, damit die Durchdringung mit der Idee der Betriebsdemokratie gleichmäßig in allen Landesteilen erfolgt.

Im Interesse der Zukunft unseres Wirtschaftslebens ist es unbedingt erforderlich, diese Demokratie durchzuführen, denn ohne diese Einrichtungen könnte unser bisher völlig abgeschlossenes und noch lange unterdrücktes Wirtschaftsleben sich kaum so entwickeln, das wir zu leben imstande sind. Die Durchführung der Betriebsdemokratie wird uns um so schneller und leichter befähigen, den eigentlichen Zielen entgegenzustreben, die ich bereits geschildert habe. Dadurch wird auch dem Arbeiter der Zusammenhang des gesamten Wirtschaftslebens, der Wirtschafts- und der Handelspolitik klar werden, so daß er dann die geheimen Verästelungen innerhalb der ganzen Wirtschaft mehr zu beurteilen in der Lage sein wird als bisher. Es ist ein geradezu unerhörter Zustand, daß wir durch unsere ungenügende Schulbildung und Wirtschaftsbildung, durch unser ungenügendes Wissen von diesen großen Zusammenhängen und von dieser Erkenntnis bisher ferngehalten worden sind. In Zukunft wird die Erkenntnis, uns gegenseitig in der Produktion zu fördern, uns zu ganz anderen Handlungen nötigen und nicht verhindern, daß wir, wie das bisher häufig geschehen ist, aus Unkenntnis zu Handlungen hinreißen lassen. Der Einfluß, den heute die deutsche Arbeiterwelt auf die Wirtschafts- und Handelspolitik der kapitalistischen Welt auszuüben in der Lage war, war gleich null. Es im Parlament an Wirtschaftspolitik gemacht wurde und gemacht werden konnte, vollzog sich zumeist unter Ausschluß der Mitwirkung der betreffenden Industrie. Nur selten und ganz geringem Umfange haben wir im letzten Jahrzehnt und im steigendem Erfolg und mit steigender Kraft bemüht, auf die Gesetzgebung einzuwirken, wenn es galt, unseren hygienischen Schutz zu sichern, unsere soziale Gesetzgebung auszubauen. In Zukunft muß es die Aufgabe der Gewerkschaften auf diesem Gebiete sein, daß sie durch ihre Vertreter in den großen allgemeinen Wirtschaftsräten die Fragen der Allgemeinheit mitberaten und

üssen insofern, als sie aus ihrem eigenen Beruf heraus ihre eigenen Interessen des wirtschaftlichen Lebens in diesen großen Wirtschafts-
körpern zu beraten die Möglichkeit haben müssen. Was sich da
zusammenballt als sogenannter Wirtschaftsrat, stellt eine neue
Aufgabe dar.

Dieser Wirtschaftskörper, hervorgegangen aus wirtschaft-
lichen Selbstverwaltungskörpern, hat die Aufgabe, das Wirtschafts-
leben zu beobachten, zu studieren, in jeder Industrie zu unter-
suchen, welche Wirtschaftspolitik dem Gewerbe am besten dient, wie
jede Industrie am vorteilhaftesten arbeiten kann, wie diese In-
dustrie auf dem Weltmarkt den Handel am besten betreibt, welche
Handelspolitik sie zu betreiben hat. Ich stelle mir vor, daß das
Hauptgewerbe sowohl als Baustoff erzeugende Industrie wie als
verarbeitende Industrie ein gemeinsames Interesse in dem zu-
kunftigen Wirtschaftskomplex hat, daß eine Konzentrierung der
Kräfte, eine nähere Verbindung der erzeugenden und verarbeitenden
Industrie sich von selbst ergeben muß, daß hier die Rücksicht-
nahme der verarbeitenden auf die erzeugende Industrie und um-
gekehrt, der erzeugenden auf die verarbeitende, geradezu ein Selbst-
haltungstrieb der einzelnen Sparten in diesem Berufe sein wird.
Aus dieser gemeinschaftlichen genauen Prüfung der Interessen
hervor werden sich die Aufgaben verdichten, die wir im großen
Wirtschaftsrat, im Konzern der gesamten nationalen Wirtschaft zu
erfüllen haben, und aus diesem großen nationalen Konzern der
Wirtschaft des Landes entsteht dann wiederum die Aufgabe, vom
Arbeiterstandpunkt aus die Weltpolitik zu beeinflussen. Es trifft
nicht zu, daß wir nur eine nationale Wirtschaft haben. Wir
haben, seitdem die Markengenossenschaft sich nicht mehr völlig ge-
löst, weit darüber hinausgewachsene Wirtschaftsprobleme, wir
haben seit langer, langer Zeit eine Weltwirtschaft, von der wir in
den einzelnen Ländern bis in die einzelnen Städte hinein ab-
hängig sind. Das ist uns niemals besser zum Bewußtsein ge-
kommen, als während des Krieges, wo wir vom Weltmarkt abge-
grenzt waren. Wir haben also bei der allgemeinen Wirtschaftspo-
litik als Gewerkschaften in Zukunft die Aufgabe, daß die Inter-
essen der Arbeiterklasse aus unseren Organisationen hinaus in den
großen Wirtschaftsrat geleitet und in dem Wirtschaftsrat von dem
Gesichtswinkel behandelt und beurteilt werden müssen, wie die
deutsche Wirtschaft auf die Weltwirtschaft wirkt, und wie umgekehrt
die Kraft der Weltwirtschaft uns unser Handeln aufzwingt. An
diesen großen Fragen dürfen wir nicht stillschweigend vorüber-
gehen, denn unsere verkehrte Wirtschaftspolitik vor dem Kriege,
geleitet von der egoistischen Gabel der Kapitalisten, ist die Ur-
sache des Weltkrieges gewesen. Und diese Ursache für die Zu-
kunft auszuschalten, muß Aufgabe der zukünftig zu betreibenden
Wirtschaftspolitik sein! Die deutsche Politik gegenüber dem Aus-
land darf nicht wieder von Gabel, von Unterdrückung, von Aus-
beutung und Vergewaltigung anderer Länder diktiert sein, son-
dern in diesem Wirtschaftsrat muß die Stimmung des Proletariats
von dem Gedanken aus wirksam durchsetzen, daß der Verkehr
der Völker untereinander auf dem Wege der Verständigung vor-
wärt zu gehen hat. Die nationale Wirtschaft und die Handels-
politik darf also, das ist die Aufgabe der neuen Betriebsdemokratie,
nicht geleitet sein von Egoismus und Profitgier, sondern sie muß
geleitet sein von dem Gedanken der Brüderlichkeit im Sinne des
Gemeinwohls der eigenen Völker und der anderen Völker, mit
denen wir in wirtschaftliche Beziehungen zu treten haben. Sie
werden mir zugeben, daß die Revolution doch nicht vollständig ver-
wirklicht gewesen ist, wenn sie den Ausgangspunkt für so grund-
legende Änderungen bietet. Ich habe Ihnen so die Grundzüge
unseres zukünftigen Wirtschaftslebens gezeigt. Nach dem vor-
liegenden Entwurf ist es aufgebaut auf Selbstverwaltungskörpern,
die ihre Ideen und ihre Aufträge aus ihren Organisationen in
Beratungen erhalten. Wenn sie auch zuletzt paritätisch
mit Arbeitgebern im Wirtschaftsrat zusammenwirken müssen, so
sind doch die Ideen, die aus jenen Kreisen hervorgehen, jene Ideen,
die nach Lage der Sache durchzusetzen durchaus Hoffnung vor-
aussetzt. Es ergibt sich daraus weiter, was Ihr Vorsitzender im
Geschäftsbericht gesagt hat, die Mitarbeit in den Außenhandels-
Gremien, die gutachtende Tätigkeit bei der Vorbereitung von Gesetzen.
In den Tausenden von Sitzungen und Konferenzen, in denen jene
ange in den Perioden zwischen den Verbandstagen vorbereitet
werden, kommt es darauf an, daß Leute an den Beratungen teil-
nehmen, die die Industrie, für die sie eintreten, genau kennen.

In Ihrem Gewerbe erscheint die Sozialisierung möglich in
den Schieferwerken, in den Schotter- und Pflastersteinbrüchen, und
erscheint nach Ihrem Geschäftsbericht, daß bei einigermaßen
fachmännischer Bildung die notwendigen Kräfte zur Teil-
nahme an den Betriebsräten aus den Arbeiterkreisen gestellt wer-
den können. Im Baugewerbe gibt es mehrere solcher Zweige, die
aus meinem Standpunkt aus und vom Standpunkt der Organi-

sation, die ich vertrete, durchaus sozialisierungsreif sind. Unser
gesamter Wohnungsbau wäre nach unserer Ueberzeugung reif, aus
den Händen des Privatkapitals in die Hände der Gemeinwirtschaft
des Volkes überzugehen. Die Verhältnisse sind hier durchaus nicht
so kompliziert wie bei Kohle und Eisen, bei der Kali- und der che-
mischen Industrie. Hier ist eine Position, die nicht auf dem Welt-
markt gehandelt werden kann, sondern die auf Bestellung arbeiten
muß, wo der Absatz sichergestellt ist, wo jede Gemeinde die Initia-
tive ergreifen müßte, um bei dem sozialisierten Wohnungsbau das
Bedürfnis der Mitglieder ihrer Gemeinde zu befriedigen. Da wäre
der Bedarf des Tages so sichergestellt, als wenn man beim Schuh-
macher ein Paar Stiefel bestellt und sie abholen muß. Es braucht
also nicht für den Markt gearbeitet zu werden, sondern der Ab-
nehmer ist sichergestellt. Ferner kommt in Betracht, daß der Grund
und Boden zum Teil im Gemeindebesitz ist und zum anderen Teil
nur enteignet zu werden braucht. Es wäre weiter mit Leichtigkeit
möglich, die Baustoff erzeugende Industrie, Zement, Ziegel, Stein-
holz, Werkstein, mit Ueberwindung einiger Schwierigkeiten für
Herstellung der Wohnung zu gemeinnützigen Zwecken durch Ge-
meinde, Staat und Reich zu übernehmen. Es ist auch möglich,
andere Zweige der Bautätigkeit in gemeinnützige Bewirtschaftung
zu nehmen. So verpflichtet der Friedensvertrag zur Wiederher-
stellung der zerstörten Gebiete. Viele hunderttausend Wohnungen
und Häuser sind zu errichten. Es muß möglich sein, wenn die bis-
herigen Feinde es zulassen, daß Deutschland in eigener Regie im
sozialisierten Betrieb oder Regiebetrieb durch das Reich diese
Bauten herstellt. Soweit es in der Kraft der Arbeiter liegt, müssen
diese Bauten der Bewirtschaftung durch profitheischende Unter-
nehmer entzogen und durch das Reich ausgeführt werden. Hier
wäre also ein weiteres praktisches Gebiet für die Sozialisierung
gegeben, aber hier sind wir abhängig von dem Willen derer, die
zu bestimmen haben, ob und wie wir an diesem Werke teilnehmen.
(Schluß folgt.)

Zur Beitragserhöhung.

Stimmen aus Mitgliederkreisen.

Beitragserhöhung! Raum habe ich das Wort gesprochen
oder geschrieben, und schon höre ich ein Murren oder gar ein
Schimpfen durch die Reihen gehen: „Auch da schon wieder mehr;
also nicht bloß Milch und Fett wird wieder teurer, auch der Bei-
trag wird erhöht. — Nicht bloß die Handwerker und Handelsleute
und Kapitalisten wollen mehr Geld aus uns herauspressen — auch
unsere eigenen Leute, unsere eigenen Kollegen quetschen uns
immer mehr ab. Da soll doch gleich . . .“ Solche Stimmen
glaube ich zu hören. Und gleich um das Doppelte, ja Dreifache,
und schon vom 3. Juli ab gelten die Sätze: 1,50 M., 2,40 M.,
3,20 M. und 4 M. Da stehen nun die Beitragsätze — ums
Mehrfache erhöht — gegenüber den bisherigen.

Oder habe ich mich getäuscht — erhebt niemand Einspruch
dagegen, räsoniert und schimpft niemand, niemand von unseren
jungen Mitgliedern, und niemand aus den Reihen der Kol-
leginnen? Ich kann es kaum glauben — und glaube es nicht.
Da möchte ich allen jenen, und das ist vielleicht in erster Linie ein
großer Teil unserer weiblichen Mitglieder, die sich an der Beitrags-
erhöhung stoßen, folgendes zu bedenken geben:

Unsere Organisation ist die unmittelbarste Vertretung un-
serer Arbeiterinteressen den Kapitalisten gegenüber. Nur zu unse-
rem eigensten Interesse hat die straffe Organisation den Acht-
stundentag durchgesetzt, das Betriebsrätegesetz in die Wirklichkeit
gerufen, die Tarife erstehen lassen, die Gauschiedsgerichte zum
Leben erweckt. All das zu unserem ureigensten Vorteil. Und wer
hätte die Errungenschaften in ihrem Segen nicht am eigenen
Körper verspürt? Kolleginnen und Kollegen, all das steht auf
dem Spiele, wenn wir unseren Vertretern nicht die Mittel in die
Hände geben, das zu verteidigen, das zu erhalten. Und diese
Mittel sind unsere Beiträge. Geld brauchen sie, die so für uns
arbeiten. Bedenken wir, was die Tarifverhandlungen, die Gau-
schiedsgerichte kosten, was nur eine Fahrt kostet, was Papier und
Druck kostet, und was die Arbeiter kosten, die im Dienste unserer
Sache arbeiten. Auch sie wollen leben, wie wir. Früher, vor
dem Kriege, war ein oder sogar ein doppelter Stundenlohn Bei-
tragsabgabe — heute zahlen wir den dritten Teil eines Stunden-
lohnes. Woher soll die Organisation Geld nehmen? Wir müssen
es geben und sollten es gern geben.

Aber wir brauchen noch mehr; denn die allernächste Zukunft
kann einen Kampf von uns fordern. Wir alle müssen gegebenen-
falls eintreten, die oben erwähnten Errungenschaften zu erhalten,
zu verteidigen. Heute schon spricht man vom Lohnabbau, heute,
da die Lebensmittel noch in der alten Preishöhe stehen, teilweise
immer noch steigen, dagegen müssen wir uns vielleicht wehren.

Aber diese Abwehr darf uns nicht dem Elend und Hunger preisgeben. Wir müssen unterstützt werden. Woher aber soll unsere Organisation die Unterstützungsgelder nehmen? Oder wie will sie gar Unterstützungsgelder gewähren, wenn wir nicht alle, die ganze Mitarbeiterschaft, vorher einen Grundfonds schaffen, aus dem wir nachher soviel schöpfen können, daß er reicht, durchzuhalten, daß er reicht, das Notwendigste zum Lebensunterhalt zu beschaffen? Wir müssen die Mittel zu diesem Kampfe zusammentragen — durch erhöhte Beiträge. Wer gäbe nicht gern einen Stundenlohn hin, wer würde nicht gern in der Woche eine Stunde arbeiten für die Interessen der Gesamtarbeiterschaft? Es handelt sich um das Wohl jedes einzelnen, denn mehr als doppelt und wer nicht bedenkt, was auf dem Spiele steht, und nicht bedenkt, daß es nur unsere Organisationen waren, die es ermöglichten, um 1½ Uhr bei Tageslicht die staubige Fabrik zu verlassen, gegen Übergriffe und Ungerechtigkeiten von Seiten der Unternehmer geschützt zu sein durch Betriebsrätegesetz und Gewerkschaftsgerichte und den Lohn zur heutigen, wenn auch noch ungenügenden Höhe zu bringen durch die Tarifverhandlungen — nur, wer alles das nicht bedenkt, kann den neuen Beitrag verweigern und der Organisation den Rücken lehnen. Doch das kann im Ernste niemand wollen. Ich appelliere an die gute Einsicht und den noch besseren Willen aller Mitglieder, im besonderen an das Vertrauen der jungen und der weiblichen Mitglieder zu unserer Organisation. Im guten Glauben an unsere Einheit gebe ich mich der Hoffnung hin, daß ab 3. Juli jeder gern den erhöhten Beitrag zahlen wird.

Peter Müller, Kassierer, Marktreidwiz.

Manche Kolleginnen und Kollegen werden über die vom Vorstand beantragte Beitragserhöhung die Nase rümpfen. Es sind dies durchweg Mitglieder, die sich noch recht wenig Gedanken über die Aufgaben einer Gewerkschaft gemacht haben. Wenn man mit offenen Ohren jetzt durch einen großen Betrieb geht, so kann man von solchen Reulingen Gespräche hören, über die ein alter Gewerkschaftler nur mit dem Kopfe schütteln kann. Man ist mit der Verbandsleitung nicht zufrieden, weil die Lohnvereinbarungen nicht zur Zufriedenheit ausgefallen sind, und auch die Arbeit der Betriebsräte mißfällt. Diese Unzufriedenen sollten doch bedenken, daß mit Kritik allein nichts gebessert wird, zumal wenn dabei die Erledigung der dringendsten Aufgaben vernachlässigt wird.

Welche Aufgabe wir jetzt vor allem zu erfüllen haben, können wir aus der Kundgebung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände ermessen, die dahin geht, daß die Unternehmer neue Lohnforderungen nicht mehr bewilligen sollen, und auch daraus, daß sich tatsächlich auch Porzellanfabrikanten mit dem Gedanken tragen, schon jetzt mit dem Abbau der noch ungenügenden Löhne zu beginnen. Das regt doch zum Nachdenken an und muß uns veranlassen, nach entsprechenden Schutzmaßnahmen zu suchen.

Die Unternehmer haben ihre Verkaufspreise ganz wesentlich erhöht und auch ihre alten, fast wertlos gewordenen Bestände zu recht hohen Preisen umgesetzt. Die Verkaufspreise wurden weit mehr, als dies durch die Mehrkosten der Rohstoffe und durch die Lohnzulagen erforderlich gewesen wäre, erhöht. Dadurch wurden recht respektable Gewinne erzielt. Was haben wir nun gewonnen? Wir sind vollkommen verarmt, und es wird sich wohl kaum noch jemand leisten können, sich von Kopf bis zu Fuß neu zu bekleden. Den Unternehmern hat der Krieg und die nachfolgende Zeit große Gewinne und uns Not, Elend und Sorge gebracht.

Durch den Zusammenschluß der Unternehmer in Arbeitgeberverbände haben sich diese einen Machtfaktor gegen die Arbeitererschaft geschaffen, dem wir einen gleichwertigen entgegenstellen müssen. Wir müssen es deshalb jetzt als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, einen Kampffonds anzusammeln, damit wir auch in der Lage sind, uns verteidigen zu können. Es darf sich keine Kollegin und kein Kollege der Pflicht entziehen. Zur Verteidigung der in unserem Arbeitsverhältnis errungenen und zur Bekämpfung weiterer Verbesserungen müssen wir unser Organisation kräftigen und höhere Beiträge zahlen. Wer da nicht mitmachen will, ist nicht wert, an diesen Verbesserungen teilzunehmen.

So g t, Königszell.

Wie gibt Auskunft?

Eine Mutter: Kollegin, Mutter von 7 Kindern, hat uns:

„Ich lese recht gerne unsere Verbandszeitung und freue mich jedesmal, wenn über eine Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen berichtet werden kann. Auch interessiere ich mich besonders für die Veröffentlichungen über das Existenzminimum.“

Die Nr. 25 brachte uns die Ziffern für Monat Mai. Es ist zu rechnen, welchen Betrag ein einzelner Mann für seine Lebenshaltung mindestens braucht, wieviel ein alleinstehendes Ehepaar und wieviel ein Ehepaar mit zwei Kindern benötigt. Ich finde aber auch hier, wie in allen anderen Zusammenstellungen, keine Angaben darüber, wie hoch das Existenzminimum für größere Familien ist. Warum errechnet man beispielsweise nicht einmal, welchen Betrag eine Familie mit 7 Kindern zur Lebenshaltung haben muß? Ich schreibe „haben müßte“; es wird ja niemand annehmen, daß eine Arbeiterfamilie tatsächlich über ein solches Einkommen verfügt. Aus der Gegenüberstellung dieser Ziffern könnte man ermessen, wieviel mehr noch die Kinderchen hungern und entbehren müssen, die zu ihrem Unglück mehr als ein oder zwei Geschwister haben, als die einer kleinen Familie. Aus solcher Gegenüberstellung würde man dann auch ersehen, wieviel mehr kummervollen drückende Sorgen auf Eltern mit reichem Kindersegel lasten. Der Kampf des Hungerns hat man es ja schon recht weit gebracht, aber die Lage solcher Familien wird immer verzweifelter. Mäntel und Schuhe konnten schon lange nicht mehr nachgeschafft werden. Trotz der sorgfältigsten Behandlung und aller Reparaturen wird ein Stück nach dem anderen vollständig unbrauchbar. Soll man sich da helfen? Wer kann Auskunft geben? Wenden sich jemand von denen, die jetzt schon von Lohnabbau reden, auch einmal in der Haut eines solchen Familienoberhauptes oder einer solchen Hausfrau steden?“

Aus unserem Verne.

Vom Verband Deutscher Porzellanfabriken wird unser Verbandsvorsitzenden folgendes geschrieben:

„Sonneberg, S.-M., den 12. Juni 1920.“

Wir kommen zurück auf den Artikel „Die wirtschaftliche Krise in der Porzellanindustrie“ von Badermann in Nr. 22 „Ameise“ und erlauben uns, Ihnen dazu zu bemerken, daß der Artikel grobe Irrtümer enthält. Wie Ihnen bekannt ist, und wie Sie aus der Schrift unseres Herrn Dr. Berzhausen „Außenhandelsbilanz und Baluta“ werden entnommen haben, beruht die politische Haltung des Ausland gegenüber beim Verbands Deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen, G. m. b. H., auf folgenden Grundsätzen:

1. Der Vorkriegspreis wird, der Dollar zu 4 M. gerechnet, in Dollar übertragen.
2. Der so gefundene Vorkriegs-Dollarpreis wird um 150 Proz., der allgemeinen Weltsteigerung entsprechend, erhöht.
3. Es kostet also der Artikel, der vor dem Krieg 4 M. kostete, auf dem Weltmarkt seit 17. Dezember 1919 2,50 Dollar.
4. Diese Dollaransstellung ist nur eine Berechnungsart, gültig für den ausländischen Kunde in irgendeiner Währung, die ihm behagt, also auch in Mark zum Dollarkurs des Fälligkeitstages. Der Fälligkeitstag ist der 30. Tag nach dem Zahlungsdatum. Vorherige Regulierung ist gestattet.

Diese Art der Preisberechnung dem Ausland gegenüber sowohl im Hauptausschuß wie im Fachausschuß der Außenhandelsstelle entweder einstimmig oder mit Stimmenmehrheit genehmigt worden. Da Sie selbst in diesen Ausschüssen Sitz und Stimme haben, sagen wir Ihnen damit ja nichts Neues.

Unerklärlich ist uns jedoch, wie Badermann dazu kommen konnte, folgende Sätze zu schreiben: „Trotz des Verlangens der Fabrikanten, in Dollarkurs zu bezahlen (von uns gesperrt) zu werden, wurden gute Abschlüsse in Leipzig gemacht, wenn schon die Länder etwas stark verchnupft waren. Nun steht gegenwärtig der Dollar aber nur auf 48 M., und die Besteller ziehen nun ihre Beiträge zurück, weil sie nicht die Differenzen zu dem Dollarkurs von 90 M. bezahlen wollen, zu welchem die Geschäfte in Leipzig abgeschlossen worden sind. Die deutschen Unternehmer dagegen haben ihre Kassulation nach diesem 90-M.-Wert des Dollars gemacht, wobei ihnen ein erheblicher Gewinn zugefallen wäre und sie sich auch nicht darauf ein, unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage auf einen solchen Gewinn zu verzichten und billiger zu verkaufen, was nun natürlich die Annullierung der Aufträge zur Folge hätte.“

Im nächsten Absatz schreibt Badermann dann: „Es ist hier der Umstand eingetreten, daß eine ganze große Industrie geschlossen gewillt ist, ihre Produktion einzustellen, weil ihre Kassulation nicht mehr mit den gegebenen Verhältnissen übereinstimmt — — —.“

Gestatten Sie uns, zu diesen Ausführungen des Herrn Badermann folgendes richtig zu stellen:

1. Von dem 93 im Verband Deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen, G. m. b. H., vereinigten Fabriken hat keine einzige je Zahlung in Dollar verlangt.

2. Die Festsetzung eines bestimmten Mark-Dollarkurses hat nicht stattgefunden und ist nie von einer unserer Fabriken den Kunden gegenüber verlangt worden.

3. Auch als der Dollar nur 30 Mt. kostete, ist seitens des Verbandes oder seiner Fabriken den ausländischen Kunden gegenüber nicht das geringste geschehen. Weder der Verband noch irgendeine seiner Fabriken hat je Zuzahlung der Kursdifferenz verlangt.

4. Die Kalkulation ist nicht nach einem bestimmten Mark-Dollarkurs aufgestellt. Es ist vielmehr berechnet, daß sich vielfach bei dem Mark-Dollarkurs Gewinne, bei hohem Preis des Dollars nämlich, und manchmal Verluste bei niedrigem Preis des Dollars ergeben würden, so daß die Fabriken so zu wirtschaften haben, daß ein Ausgleich einstellt.

5. Es ist berechnet, daß bei einem Mark-Dollarstand, wonach der Dollar 24 Mt. kosten würde, bei den heutigen Produktionskosten das Auslandsgehalt völlig unrentabel geworden und ein Ausgleich nicht mehr möglich wäre. Bei Weiterbestehen der Ausfuhrabgabe, die uns nachweislich in den letzten Wochen bis zu 15 Proz. gekostet hat, tritt dieser kritische Moment entsprechend eher ein.

6. Weder im Verband noch von einzelnen Fabriken ist bis jetzt eine Entscheidung gefaßt worden, die Produktion einzustellen.

7. Annullierungen aus dem Ausland sind in unserem Verbandsbureau nur kurz nach der Einführung der neuen Preisbestimmung bekannt geworden, aber jetzt durch neue Bestellungen zum größten Teil wieder wettgemacht. Dagegen betragen die Annullierungen auf dem wesentlich billigeren Inlandsmarkt in den letzten 2 Monaten 27 Proz. aller bei unseren Verbandsfabriken vorliegenden Aufträge.

Wir glauben, in der Zeitung unseres Verbandes den Anspruch darauf erheben zu können, dem Ausland gegenüber die denkbar vorichtigste und weitestgehende Preispolitik betrieben zu haben, immer mit dem Ziel, die Produktion so lange als eben möglich aufrecht zu erhalten. In weiterer Verfolgung dieses Zieles begibt sich unser Herr Dr. Vershofen in diesem Augenblick ins Ausland, um den Weltmarkt hinsichtlich unserer Absatzmöglichkeit zu studieren. In zirka 6 Wochen wird er von seiner ersten Reise zurück und bereit sein, Ihnen, falls Sie zu den oben angeführten Konstatierungen noch Unterlagen wünschen sollten, solche zur Einsicht vorzulegen, und Ihnen auch über seine bisherigen Studien auf dem Auslandsmarkt zu berichten.

Wir dürfen wohl annehmen, daß Sie es für fair halten, diesen Brief in der „Ameise“ zur Veröffentlichung zu bringen und zu zeichnen

hochachtungsvoll

Verband Deutscher Porzellanfabriken
zur Wahrung keramischer Interessen, G. m. b. H.
Dr. Wilh. Vershofen.

Es ist dazu zu bemerken, daß sich Wadermann tatsächlich im Irrtum befindet, indem er schreibt, die Fabrikanten verlangten, „in Dollarwährung bezahlt zu werden“. Die im vorstehenden Schreiben angeführte Berechnungsart, die im Fachauschuß „Geschirr“ der Außenhandelsniederstelle beschlossen wurde, bedingt nicht eine Bezahlung in Dollar, sondern der Käufer kann in der Währung eines Landes bezahlen.

Magdeburg. Wie man täglich in der Tagespresse verfolgen kann, gehen die Unternehmer damit um, die Löhne wieder abzubauen, trotzdem von einem Abbau bei dem fortwährenden Steigen der Preise für die notwendigsten Bedarfsartikel, wie Brot, Kartoffeln, Fett, sowie auch der Brennstoffen, der Wohnungsmiete, jetzt noch nicht die Rede sein kann. Überall ein Hochschellen der Preise, eine Schraube ohne Ende! Die bei der letzten Lohnvereinbarung bewilligten 10 resp. 15 Proz. sollen ja auch ab 15. Juli wieder in Fortfall kommen! Dabei können wir aber nicht betonen lassen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, dieser Angelegenheit sofort Stellung zu nehmen und dem Vorstand ihre Forderungen zu unterbreiten. Die hiesige Zahlstelle richtet an den Vorstand das Ersuchen, sofort Schritte zu tun und erneut mit dem Unternehmerverband zwecks einer Lohnerhöhung in Verbindung zu treten. (Ist schon geschehen. D. Red.) Wir beantragen eine Lohnerhöhung von 25 Proz. für alle Lohnklassen. Die Verkaufspreise unserer Erzeugnisse lassen eine solche Erhöhung unmöglich zu.

Mußschen. Das letzte Lohnabkommen konnte die hiesige Arbeiterschaft unter den hier bestehenden Verhältnissen nicht als ausreichend hinnehmen; sie ersuchte die Betriebsleitung der hiesigen Porzellanfabrik, Firma Isolatorwerke, anstatt der 10 bis 15prozentigen Lohnerhöhung eine 30prozentige ab 1. Juni anzusetzen zu lassen. Die Mehrforderung war schon darin begründet, weil die Firma sich bisher noch nicht bereit finden konnte, ihren Arbeitern die von Regie...

hilfe (? D. Red.), wenn auch nur in einem geringen Betrage, zu gewähren. Doch weit gefehlt! Nicht einmal die vertraglich festgelegten zwei Streiktage hat diese Firma ihren Arbeitern bezahlt, sondern rundweg durch ihre geniale Betriebsleitung erklären lassen: „Streiktage werden nicht bezahlt“. Trotzdem die Betriebsleitung zugeben mußte, daß in Muschen eine Reihe von wichtigen Lebensmitteln teurer ist, als in der Großstadt Leipzig, wurde jede über das Abkommen zwischen den Organisationen hinausgehende Aufbesserung abgelehnt. Dem Kesselheizer verweigert man bis jetzt noch diesen vereinbarten Lohnaufschlag.

Zu jeder Vereinbarung mit der Arbeiterschaft muß die Betriebsleitung erst die Zustimmung der Leitung der Mutterfirma, die ihren Sitz in Erfurt hat, einholen. Es dauert in der Regel reichlich eine Woche, bis von dort irgendein Bescheid kommt. Infolge dieser Langwierigkeit hält es sehr schwer, die vorliegenden Differenzen beizulegen. Es hatte erst den Anschein, als ob durch unsere Veröffentlichung in Nr. 22 der „Ameise“ eine erfreuliche Milderung eintreten sollte, doch wir haben uns verrechnet. Der Herr Geschäftsführer Förte war inzwischen zwar hier in Muschen, zu einer Sitzung mit dem Betriebsrat hat er aber nicht die Zeit gefunden.

Die Betriebsleitung ignoriert weiter den Betriebsrat und schaltet und waltet, ohne dessen Einwendungen zu berücksichtigen. Es muß sich deshalb die Arbeiterschaft dieses Betriebes darüber beraten, wie diesem Uebelstand und seinen die Arbeiter schädigenden Folgeerscheinungen abzuwehren ist. Sollte die Betriebsleitung dann an den von den Arbeitern ergriffenen Maßnahmen keinen Geschmack finden, so hat sie sich das selbst zuzuschreiben.

Aus anderen Organisationen.

30 Jahre Fabrikarbeiterverband. Der Verband der Fabrikarbeiter konnte am 29. Juni auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Der „Proletarier“ schreibt aus diesem Anlaß in einem Jubiläumsartikel:

„Es gehörte persönlicher Mut dazu, den Kampf aufzunehmen gegen die mächtigen und wirklichen Gegner. Da galt es noch, die persönliche Existenz, die Familie aufs Spiel zu setzen und als Pionier der Arbeiterbewegung tätig zu sein. Wer unter den schwersten Opfern jahrzehntelang am Aufbau unserer Organisation mittätig war, wer die vielen erfolglosen Anläufe kennt, die gemacht wurden, um die indifferente Arbeiterschaft aufzurütteln, wer die Mißerfolge und Rückschläge mit durchgekostet hat, der kämpft auch heute verzweifelt für die Einigkeit der Arbeiterschaft, weil nur er voll ermessen kann, was auf dem Spiele steht.“

Im Verband der Schneider fand eine Urabstimmung über die vom Verbandstag nicht erledigten Anträge der Statutenberatungskommission über Erhöhung der Unterstützungen und Einführung der Arbeitslosenunterstützung statt, welche letztere die Voraussetzung bildet für die in Aussicht genommene Verschmelzung mit dem Gutarbeiterverband.

Versammlungsberichte.

Arnstadt. Am 20. Juni erfolgte hier die Gründung einer eigenen Zahlstelle. In die Verwaltung wurden gewählt: Kollege Bollrodt, Vorsitzender; Kollege Gräf, Kassierer; Kollege Boge, Schriftführer; Kollege Bell und Kollegin Martha Burghardt, Revisoren. Die Wahl eines Unterkassierers wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Kollege Gräf machte sodann auf die Bedeutung der Landtagswahl aufmerksam und forderte die Anwesenden auf, ihre Pflicht und Schuligkeit bei der Landtagswahl für Großthüringen zu tun. Es wurde von ihm gerügt, daß trotz der Bedeutung der heutigen Versammlung 18 Mitglieder nicht anwesend waren. Es hat sich hier in der Fabrik, hauptsächlich in der Gießerei, die Unsitte eingebürgert, die achttündige Arbeitszeit nicht einzuhalten. In Zukunft wird von Seiten des Betriebsrates vorgegangen werden. Kollege Langguth sprach über die Lohnverhältnisse, und daß der festgelegte Tariflohn verschiedentlich nicht gezahlt werde. Es wurde beschlossen, hierfür die Unterlagen zu beschaffen und dem Vorstände einzureichen, damit diese Angelegenheit durch das Schiedsgericht entschieden werde. Robert Boge.

Berlin-Charlottenburg. Unsere Jubiläumsversammlung vom 16. litt unter mangelndem Besuch. Schuld daran mögen neben dem verlockenden Sommerwetter noch viele andere Gegenwartsnöte sein, sonst hätte sie zehnfach besucht sein müssen. Allein — vorerst „Schwamm drüber...“ — Im ersten Teil des Abends sahen wir einen Mediziner zu Gast. Dr. Zabel, ein in Berliner Gewerkschafts- und Parteikreisen bekannt und geschätzter Arzt, vertraute uns im ärztlichen Sinne mit den Berufsfrankheiten in der Porzellanindustrie. Wenn auch viele unserer Kollegen wissen mögen, wo sie in dieser Beziehung der Schutz brüht, so boten seine Sätze doch auch wiederum manch Neues und gaben Anregungen für die Zukunft. Wenn wir von Berufsfrankheiten sprechen — führte Dr. Zabel aus — müssen wir uns klar sein, daß oft auch Krankheiten zum Ausbruch kommen, die nicht durch den Beruf in Erscheinung treten. Man muß sich eben genau fragen: Hat man es mit einer Berufsfrankheit zu tun oder nicht? Bei uns freilich, in der Porzellanindustrie, tritt die regelrechte Berufsfrankheit in geradezu erschreckender Weise auf. (Doktor

Babel entwarf der Versammlung vor allem ein Bild von der Geißel des Proletariats, der Tuberkulose! Ueber die einzelnen Stadien der Berufskrankheiten sind natürlich in erster Linie mit die sozialen Verhältnisse des Arbeiters maßgebend. Steht ein Unternehmen auf schlechtem sozialen Niveau, so ist es auch in gesundheitlicher Beziehung um die Arbeiterschaft schlecht bestellt. Den positiven Beweis liefert uns Dr. Hollitscher als beobachtender Fabrikarzt in Wismar. Nur Kinder gutsituerter Leute schickt man in den dortigen, in gesunder Ländlichkeit gelegenen Musterbetrieb. Und so erreicht (nach Dr. Hollitscher) dort der Maler ein Durchschnittsalter von 64½ Jahren, der Dreher ein solches von 49 Jahren. Das tragische Gegenteil: Thüringen! Erblich belastete, schwächliche junge Menschen treten hier, schlecht bezahlt, ins „feindliche Leben“ und sind oft gar bald ein Opfer ihrer ungesunden Beschäftigung. (Durchschnittsalter der Maler 33½ Jahre, der Dreher 42½ Jahr, nach Dr. Hollitscher.) — Auf zwei Unterscheidungen verweist Dr. Babel in der Beurteilung von Berufskrankheiten, besonders der Tuberkulose; ausgehend von dem Satz: Auf zwei Dinge resultiert sich der Mensch, das, was ihm angeboren, und das, was er sich angeeignet hat. Ergo sind zu beachten: 1. die jugendlichen Kollegen, die den Keim der Schwindsucht schon in sich tragen (Vererbung, tuberkulöse Infektionen), 2. die älteren Kollegen, die durch Inhalation des Staubeizes und Arbeiten mit gebrannten Porzellanen an Lungenverwundung, Atemnot und dergleichen zugrunde gehen. Und darum betrachtete Dr. Babel die gewerbeärztliche Auslese bei Eintritt in den Beruf als eine schon langjährige Forderung, die leider bisher noch nicht durchgeführt ist. Noch heute ist es eine anklagende Tatsache, daß viele Porzellanfamilien durch Tuberkulose gänzlich aussterben. — Nachdem Dr. Babel vorher die einzelnen Krankheiten bei den Malern (Bleivergiftung, Nervenentzündungen usw.), Formern und Drehern (Tuberkulose), Brennern und Formengießern (Hautausschläge, rheumatische Erkrankungen) erläutert hatte, gab er am Schluß noch einige Winke zur Eindämmung dieser Krankheiten seitens der Arbeitnehmer (Reinlichkeit, Atemgymnastik, Sport), betonte aber in seinem Schlußwort nochmals, daß die Ausdehnung aller Berufskrankheiten grundtätlich vor allem von der Entlohnung, Ernährung, Wohnung, Fabrikhygiene u. a. abhängt, und forderte nochmals ärztliche Auslese aller jungen, ins Erwerbsleben eintretenden Kollegen. — Sein Vortrag war leicht verständlich und sehr anregend, so daß die Versammlung dem alten Doktor und Verfechter sozialer Reformen freudigen Beifall zollte. Ein Kollegenwort aus der Diskussion will ich nicht unerwähnt lassen. M. Tobias erbat von den Zahlstellenverwaltungen allerorts volle Ausfüllung der Rubriken der Krankheits- und Sterbefälle bei den Unterstützungsformularen. Nur durch Angabe der Krankheit und diesbezüglichen Daten wird es uns möglich sein, der Öffentlichkeit restlos genaue Ziffern der Berufstastik mitzuteilen und damit einen erneuten, für sich sprechenden Beweis für die Gesundheitsgefahren in unserem Berufe zu liefern.

Mit den Bekenntnisworten „Lokalbeamtennöte“ und „schlechter Versammlungsbesuch“ kennzeichnet man wohl am besten den zweiten Teil des Zahlstellenabends. Die verständnisvolle Aussprache vieler Kollegen über die Überlastung unseres spiritus rector, Tuisko Apel, entsprang seinem Rassenbericht oder, wie Kollege Herden treffender feststellte: seinem Tätigkeitsbericht. Ein paar diskutablen Zahlen dazu möchte ich diesmal dem Bericht beifügen. In der Verbandskasse war eine Einnahme von 21 095,10 Mk. und eine Ausgabe von 10 322,30 Mark, mithin ein Bestand von 10 772,80 Mk. zu verzeichnen. Der Lokalfonds wies eine Einnahme von 10 694,87 Mk., eine Ausgabe von 5623,37 Mk., mithin einen Bestand von 5071,50 Mk. vor. An Mitgliedern hatte die Zahlstelle Berlin-Charlottenburg am Schluß des 1. Quartals 836 männliche und 86 weibliche, zusammen 922. Seit Kriegsende ist also die Mitgliederzahl von 276 auf 922 gestiegen, und am Berichtstag (16. Juni) haben wir einen Mitgliederbestand von 972. Unterstützungen wurden aus der Verbandskasse gewährt für Arbeitslosigkeit 878,40 Mk., für Krankheitsfälle 308,55 Mk., für Streikunterstützungen 225 Mk., für einen Sterbefall 80 Mk. Dazu wurden noch bis zum Berichtstag 34 000 Mk. Erwerbslosenunterstützungen aus städtischen und staatlichen Mitteln ausbezahlt. Aus seiner speziellen Tätigkeit als Geschäftsführer konnte Apel berichten, daß er in den Monaten Januar, Februar und März 29 Branchensitzungen, 2 Vertrauensmännerversammlungen, 3 Verwaltungssitzungen, 2 Zahlstellenversammlungen, 5 Betriebsversammlungen, 1 Sitzung in Angelegenheit des Arbeitsnachweises, 8 Sitzungen mit Unternehmern (Tarifabschlüsse), 11 Gewerkschaftskommissionsitzungen, 2 Kassenrevisionen und 4 sonstige Sitzungen besucht hat. 13 Klagen mußte Apel beim Schlichtungsausschuß einreichen, wovon 12 gewonnen und 1 zurückgezogen wurde. 3 Sitzungen resp. Verhandlungen vor der Demobilisierungskommission und eine gemeinsame Sitzung mit dem Betriebsrat der Berliner Staatsmannsfabrik und dem Ministerium für Handel und Gewerbe kommen noch dazu. — An schriftlichen Eingängen waren zu verzeichnen: 174 Briefe, 87 Karten, 179 Drucksachen; an Ausgängen 300 Briefe, 187 Karten, 389 Drucksachen, dazu eine große Reihe von Telefongesprächen. Leider mußte Apel über eine große Interesselosigkeit und Saumlässigkeit der Mitglieder, speziell der Schilbermaler, beim Besuch der Branchensitzungen und Zahlstellenversammlungen berichten. Und weil dadurch viele Kollegen über gewerkschaftliche Gepflogenheiten wenig unterrichtet waren, war zu beobachten, daß man mit den elementarsten Gewerkschaftskenntnissen auf dem Kriegspfad wandelte. . . . Schon lange ist eine Arbeitslosenüberbürdung auf. Ja, sie greift bis ins verfloßene Jahr zurück und bedingt, daß hier eiligst Remedur geschaffen wird. Als Vize-Vorsitzender gaben das am einfachsten auf und überwies der Verwaltung einen Antrag dergestalt, daß die Bureauarbeiten verkürzt, fern von Stempeln der Arbeitslosenkarten der gewerkschaftlichen Parteimitglieder beschränkt und schließlich die Verwaltungsaufgaben zurückgezogen werden. In einer außerordentlichen Sitzung wird sich also die Verwaltung mit dieser Frage noch beschäftigen. — Als Ausklang zum Jahresbericht noch für ein Wörtchen zum (Schmerz-)Baukt Versammlungsbesuch. Sehr richtig betonte Kollege u. a. M., daß uns in dieser Hinsicht die Kollegenschaft brauchen im Lande vorbildlich voranz ist. Und Apel bekannte leidend: „Warum

haben wir kein volles Haus? Die Götter mögen's wissen. Bleibt wirklich nichts weiter übrig, als ärgerlich und bedauernd Achseln zu zucken? Als ich ein paar Tage vor der Versammlung Propaganda machte und auf Dr. Babels Vortrag hinwies, polmte mich gleich in der Tür ein Kollege an: „Nun hört bloß mit euren Vorträgen uff. . . . jetzt kann ich gerade nich. . . .“ Sprach's ging davon. Ich aber dachte an Karl Moors Worte: „Dem Mann kann geholfen werden!“ und tröstete mich mit dem Gedanken: kommende Zeit wird lehren, ihm wird geholfen werden.

Gräfenthal. Am 24. Juni fand eine Versammlung sämtlicher Betriebsratsmitglieder statt, die sich nochmals mit dem letzten Lohnabkommen beschäftigte. Der Standpunkt der Unternehmer, mit Abbau der Löhne zu beginnen, fand ganz energische Zurückweisung. Nach eingehender Aussprache kamen die Versammelten einstimmig dem Entschlusse, daß bei den künftigen Lohnabkommen ein Lohnzuschlag von mindestens 30—40 Proz. eintreten muß, um den gestiegenen Anforderungen einigermaßen gerecht werden zu können. Der Hauptvorstand wird beauftragt, diese gerechten Forderungen nach dieser Richtung hin zu vertreten.

Hermesdorf. Die Zahlstellenversammlung am 9. Juni war besucht. Es wurde zur Beförderung von Betriebsratsmitgliedern Meistern Stellung genommen und folgender Resolution zugestimmt: „Die am 9. Juni 1920 stattgefundene Zahlstellenversammlung verurteilt aufs schärfste das eigenmächtige Handeln der Betriebsleitung der Besetzung von Meisterposten durch Betriebsratsmitglieder. Die Arbeiterschaft erwartet, daß künftig bei solchen Fällen der Betriebsrat und die Arbeiterschaft im voraus in Kenntnis gesetzt wird.“ — Nach einer kleinen Pause ist das Schiedsgericht durch das Drängen der Arbeiterschaft wieder in Funktion getreten. Die Angelegenheit der Entlassung ist zu unseren Gunsten entschieden worden, und die betreffenden bekommen die strittigen Beträge nachgezahlt. — Es wurde ein ausführlicher Bericht über die letzten Arbeiten des Betriebsrats gegeben. Die Direktion hat aus der Struppstiftung eine Summe zur Verfügung gestellt, die dazu verwendet werden soll, um benachteiligten Lehrlingen den Besuch der Fachschule zu ermöglichen. Es konnte noch über einige Zugeständnisse, die durch Verhandlungen des Betriebsrates mit der Firma erreicht wurden, berichtet werden. Zum Schluß wurde die Anwesenheit vorzeitig aus der Versammlung wegzulaufen, gerügt und an die für alle Mitglieder geltende Pflicht zum Besuch der Zahlstellenversammlungen erinnert.

Almenau. In der am 24. Juni 1920 stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde auch unser in Kürze ablaufender Lohnvertrag streift. Es herrschte allgemein Einstimmigkeit darüber, daß bei anhaltendem Teuerung ein Abbau der Löhne auf keinen Fall in Betracht kommen kann, sondern weitere Aufbesserungen notwendig sind. Es wurde folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen: „Die heutige Zahlstellenversammlung nimmt unter anderem Stellung zu unserem Lohnvertrag und hält denselben den heutigen Lebensverhältnissen entsprechend für ganz unzureichend. Sie fordert nach Abschluß des Lohnvertrages einen Zuschlag von 30—50 Proz. und fordert den Hauptvorstand auf, bei den nächstfolgenden Lohnverhandlungen darauf einzutreten.“

König. Am Mittwoch, den 23. Juni, fand nach Arbeitslosigkeit auf dem Hofe der Porzellanfabrik eine Versammlung statt, die sich dem Verhalten der Betriebsleitung bei der letzten Verhandlung beschäftigte. Wir arbeiten schon drei Wochen beschränkt. Wie soll jetzt die Kollegen und Kolleginnen bei der noch anhaltenden Teuerung mit einem Verdienst von drei Tagen wöchentlich auskommen? Es wurde der Wunsch und das Ersuchen an die Firma gerichtet, bei der jetzigen schlechten Geschäftslage der Arbeiterschaft den ihr zustehenden Urlaub zu gewähren. Das aber wurde von der Firma abgelehnt. Dem Bemerkten, es sei kein Geld da, was sehr empörte. Dieser Vorwand wird nun bei dem Schiedsgericht zur Verhandlung kommen, ebenfalls die Verletzung in die Lohnklasse 2a. Es wurde noch Kenntnis genommen von dem letzten Lohnabkommen, womit sich die Versammlung nicht zufrieden gab. Darauf wurde folgende Resolution gefaßt und einstimmig angenommen: „Die Verbandsleitung möge dahin wirken, bei der nächsten Lohnverhandlung mindestens 30 Proz. Zuschlag zu fordern.“ — Mit einem Appell an alle Versammelten, treu und zusammenzuhalten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Leipzig. Unsere letzte Versammlung beschäftigte sich neben „schäftlichem“ auch mit dem Wiederaufbau des „Volkshauses“. Der Vorsitzende gab zunächst einen Bericht dazu. Der feige Ueberfall auf Zeitfreiwilligen auf friedliche Demonstranten am 14. März führte zur Bewaffnung der Arbeiter und zu Straßenkämpfen, welche am 18. März im Waffenstillstand einen Abschluß fanden. Trotz des Waffenstillstandes machte die Reichswehr am 19. März einen Ausfall auf dem unbefestigten „Volkshaus“. Nachdem man die ganze Gegend mit Geschütz- und Minenfeuer genommen hatte, wurde das unbefestigte „Volkshaus“ gestürmt. Da man nun keine Waffen und verfestigte Stellungen fand, wurde das Personal (Kellner, Köche, Küchenmädchen) im Triumph abgeführt, ein wenig kriegerisches Bild, die weisiggedeten Köche und Mädchen als Kriegsgefangene. An den Wänden des Volkshauses taten sich die Eroberer gütlich; sie haben selten billige Zigaretten geraucht. Nach Abzug der Reichswehr schlugen Flammen aus allen Stadwerken. Das Wunderbare: die alten Fensterscheiben neben dem Volkshaus, die ebenso Treffer erhalten hatten, gingen nicht in Feuer. Das massive Volkshaus brannte aus allen Fenstern. Der Branddirektor hat dann auch einwandfrei Brandstiftung festgestellt. Leider ist trotzdem kein Geld zu bekommen. Sachsen hat wohl Millionen geliehen — aber eben nur geliehen. Diese sind zum Kauf eines Hotels für Gewerkschaftsbureauz verwendet worden. Durch das Tumultschädengesetz ist nicht viel zu erwarten, ja daß die Arbeiter sich selbst helfen müssen. Wenn auch der Aufbau eigene Regie genommen wird, so betragen doch die Kosten 8 bis 10 Millionen, das heißt, wenn sich die Verhältnisse nicht ändern (Preis des Materials und Löhne). Nicht einbezogen sind hierbei die Kosten der Gewerkschaften (Bureaueinrichtung usw.), welche ebenfalls die Millionen gehen; ganz abgesehen von den unzählbaren Jahrenzehntelange geistige Arbeit, die nie zu ersetzen ist.

und Privateigentum ging verloren; die Familie unseres Mitgliedes Klein, Geschäftsführer des Vereins, hat nicht mehr gerettet, als sie dem Leibe hatten. Der Vorsitzende gibt ein Bild über die Devisen; hiervon nur ein Beispiel: Der Unternehmer verlangt für das Jahr 170 000 Mk., während es nun durch eigene Regiearbeit nur 100 000 Mk. kostet. Hieran kann man ermessen, was der Bau kosten würde, wenn er dem Unternehmer übergeben würde. Um nun das Schloss wieder aufzurichten, hat die Arbeiterchaft Leipzigs beschlossen, einen Tag für ihr Heim zu arbeiten, also einen Tagesberuf abzuführen. Man hofft, so 3 bis 4 Millionen zu erhalten. Das sollte durch allgemeine Sammlungen, auch aus Reich ausgeht, aufgebracht werden. Die Debatte zeigte allgemeine Begeisterung für die Sache, und einstimmig wurde dem Beschluß, einen Tagesberuf abzuführen, beigetreten.

Dschab. Die am 18. Juni stattgefundene Versammlung war sehr schwach besucht. Es sollte jedem Mitgliede am Herzen liegen, die Versammlungen fleißiger zu besuchen. Der Betriebsobmann gab Ausführungen über die vorgebrachten Beschwerden betr. der Dreherei, an der sich eine lebhaftige Aussprache schloß. Es wurde beschlossen, Forderungen von Goldbach nach Dschab zu verlangen. Der Kollege Hähnel schloß sich dem Antrag der Zahlstelle Kloster-Weilsdorf betr. Beitragserhöhung nicht an und hält dieselbe für Dschab zu hoch. Ferner wurde vorgebracht, daß die Pausen nicht innegehalten werden. Jeder Arbeiter müßte doch froh sein, nur 8 Stunden zu arbeiten. Darauf folgte der Parteilbericht.

Schmiedeberg. Die Angestellten der Firma Gebr. Bohl versammelten sich am 19. Juni, nachm. 3 Uhr, in Fiebigs Gasthaus, um der Arbeitsgemeinschaft der Porzellanindustrie für Ostdeutschland beizutreten, sowie über ihre wirtschaftliche Lage und Organisationsfrage zu sprechen. Kollege Kretschmann, Geschäftsführer der Zahlstelle Schmiedeberg des Porzellanarbeiter-Verbandes, hielt einen kurzen Vortrag, in welchem er den Angestellten der Gebr. Bohl den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft empfahl. Redner führte aus, daß die Lage der Angestellten schon längst eine gezielte wäre, wenn die Angestellten nicht ihre Kraft in allerlei möglichen und unmöglichen Verbänden und Verbänden zersplitterten. Besonders die kaufmännischen Angestellten haben bis jetzt noch nicht begriffen, daß nur der einmütige Zusammenschluß im Zentralverband der Angestellten, welcher über 300 000 Mitglieder verfügt, die einzige Möglichkeit für Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bietet. Die angestrebte Arbeitsgemeinschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Angestellten alle zur einheitlichen Front zusammenzuschließen, und dadurch erreicht, daß ein Tarif für die Angestellten in Ostdeutschland zum größten Teil durchgeführt ist. Redner gibt die Gruppierungen und die augenblicklich gezahlten Gehälter bekannt, wie sie in Nr. 15 der „Ameise“ vom 9. April 1920 veröffentlicht waren, zu denen jetzt die den Erhöhungen der Arbeiterlöhne entsprechenden Zulagen kommen. Die Arbeitsgemeinschaft macht es zur Pflicht, daß alle kaufmännischen Angestellten im Zentralverband der Angestellten, alle technischen und Betriebsbeamten im Porzellanarbeiter-Verband sich organisieren. Es sei nun endlich Zeit, auch hier Farbe zu bekennen und sich der Arbeitsgemeinschaft anzuschließen, damit auch die Angestellten im hiesigen Bezirk ihre wirtschaftliche Lage der ihrer Berufsangehörigen anpassen können; fester, inniger Zusammenschluß würde auch der Erfolg verbürgen. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Kollege Lux aus Waldburg, gab noch die nötigen Erläuterungen über das Wirken der Arbeitsgemeinschaft und dem festen Zusammenschluß im Waldburger Bezirk bekannt, und hofft, daß er seinen Kollegen ein gutes Resultat der heutigen Versammlung vermitteln kann. Kollege Hillmer-Waldburg unterstreicht die von den Vorrednern den Versammelten bekanntgegebenen Tatsachen und Verhältnisse, berichtet an verschiedenen Beispielen aus Waldburg, wie hier die Angestellten und Arbeiter völlig Hand in Hand arbeiten und dadurch für beide Gruppen die größten Vorteile errungen wurden. In kernigen Worten fordert er die Angestellten auf, dem Beispiel zu folgen und heute durch einmütigen Anschluß an den auf wirtschaftlicher Basis geschaffenen Verbänden die Einmütigkeit und Geschlossenheit zum Wohle der Angestellten zu vollziehen. Der genannte Beifall bei den Ausführungen aller drei Redner lieferte den Beweis, daß dieselben den Versammelten aus dem Herzen gesprochen. Es nachfolgende Diskussion, an der sich verschiedene Angestellte beteiligten, zeitigte das Ergebnis, daß niemand gegen den Anschluß Einwendungen zu erheben hatte. Die Schmiedeberger Angestellten seien nicht von der Arbeitsgemeinschaft auf dem laufenden gehalten; der Werkmeisterverband hat sich der „Alfa“ angeschlossen und dadurch bewiesen, daß er freigewerkschaftlich wirken will. Ueber beliebige Zugereien an Herrn Direktor wurde viel gesprochen. Kollege Kretschmann zerstreut die Bedenken der Diskussionsredner und wird hierbei von den Kollegen Lux und Hillmer unterstützt. Da noch das Bedenken eines Teils der Mitglieder im Werkmeisterverband nach überhohen Anschauungen gerichtet und bei diesen das „Alte“ vorläufig „Trumpf“ ist, stellen sich Hindernisse aller Art der freien Bewegung entgegen. Kretschmann sieht die gefürchteten Zutragereien bei dem festen Zusammenschluß als bedeutungslos an; denn jedem Redner ist bekannt, daß das Streben zur Verbesserung der wirtschaftlichen Existenz in allen Kreisen vorhanden ist; etwas anderes oder Verbotenes wird auch in unseren Zusammenkünften nicht beabsichtigt; wenn einiger, geschlossener Zusammenschluß vorhanden, dann werden event. Zutragereien von selbst aufhören. Der Direktor der hiesigen Betriebe zeigt bei den Verhandlungen das nötige Verständnis und Entgegenkommen für seine Arbeiterchaft, und so wird auch bei den Angestellten gelingen, wie für die gesamte Belegschaft, die tarifliche Vereinbarungen zu treffen. Der Vorsitzende legte eine Liste von 10 Minuten an; während dieser Zeit erklärten alle Angestellten den Beitritt zu den angeführten Organisationen. 14 Beiräte zum Zentralverband der Angestellten, 25 Eintritt in den Porzellanarbeiter-Verband waren der Erfolg; alle anderen Kollegen waren schon vorher in einem der beiden Verbände organisiert. Im Aufbruch wurde den Angestellten der Dank für ihr entschlossenes Verhalten ausgesprochen, wodurch es möglich wurde, den einmütigen Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß in nächster Zeit der Tarif auch für die Belegschaft der Firma Gebr. Bohl zur Durchführung komme.

Schweidnitz. Die Versammlung vom 16. Juni hatte diesmal einen ganz erfreulichen Besuch zu verzeichnen. Das Protokoll der vorigen Versammlung wurde ohne Einspruch angenommen. An Stelle des Kollegen Machate, welcher sein Amt als Revisor niedergelegt hat, wurde Kollege Scheinpfug gewählt. Hierauf wurden die Mitglieder durch den Vorsitzenden auf die Erhöhung der Verbandsbeiträge aufmerksam gemacht, die am 3. Juli in Kraft tritt und in Nr. 25 der „Ameise“ bekanntgegeben wurde. Verschiedene Mitglieder äußerten ihre Unzufriedenheit; sie hatten wohl mit einer Beitragserhöhung gerechnet, aber nicht bis zu 100 Proz. Das wird auf viele Mitglieder eine ungünstige Wirkung ausüben, zumal in einer Zeit, wo die Löhne ganz erheblich durch die Steuerabzüge und die erhöhten Krankenkassenbeiträge gekürzt werden. Vom Vorsitzenden wurde auf den Zweck des Verbandes hingewiesen, welcher uns doch hier ganz besondere Vorteile geschaffen hat, die bei einer Forderung der Mitglieder wieder sehr zurückgedrängt werden könnten, was jedem einzelnen bewußt sein müßte. Vorläufig müssen wir zufrieden sein, was der Hauptvorstand für notwendig angeordnet hat. Der geplante Ausflug mußte des schlechten Wetters wegen aufgegeben werden. Die Versammlung wurde um 10 Uhr beendet. W. G.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 13. Heft vom 2. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Notwendigkeit des Umlernens. Von Heinrich Cunow. — Friedrich Engels in seinen deutschen Jugendjahren. Von A. Conrad. II. (Schluß). — Freie Bahn dem Fachbegabten! Eine Forderung zur Schulreform. Von E. Busemann (Lübeck). — Gleitende Löhne. Von Artur Heichen. — Das Hamburger Gesetz über die Selbstverwaltung der Schulen. Von Dr. Erich Witte, Oberlehrer. — Literarische Rundschau: R. Ballak, Volksvertretung. Von H. Fehlinger. Felix Hollaender, Salomons Schwiegertochter. Von M.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 9,75 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 75 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Dr. Kurt Perlow-Löwenstein: Der Elternbeirat. 24 Seiten. 2,25 Mk. — Nachdem durch die Elternbeiratswahlen eine große Zahl unserer Eltern zum Kampf gegen die Schulreaktion und zur Vorbereitung der sozialistischen Erziehungsgemeinschaft berufen worden sind, dürfte ein Wegweiser für die Elternbeiräte ebenso notwendig wie willkommen sein. Ein solcher ist im Verlag der „Freiheit“, Berlin (Abt. Buchhandel), erschienen. Der Verfasser ist Dr. Kurt Perlow-Löwenstein. Die Schrift behandelt ihre Aufgabe in drei Teilen. Der erste Teil kennzeichnet mit deutlichen Strichen den Klassen- und Standescharakter unseres Schulwesens und gibt das Rüstzeug für das sozialistische Schulideal. In einem 2. Teil werden alle jene Reformmaßnahmen aufgeführt, die im Sinne einer sozialen Entwicklung liegen. Reformen, die nur das Alte stützen wollen, werden abgelehnt; unsere positive Arbeit kann nur in der Vorbereitung des Neuen und Notwendigen liegen. Der 3. wichtige Abschnitt befaßt sich mit den praktischen Kampfmaßnahmen und der Kritik an dem Bestehenden. Die Schrift bleibt auch dort auf revolutionär-sozialistischem Boden, wo es sich um die Frage der Gegenwart handelt. Sie wird für jeden Elternbeirat, jeden Gemeindevertreter und Lehrer, der auf gundsätzlich sozialistischem Boden steht, eine unentbehrliche Hilfe sein.

Adressen-Änderungen.

Arnstadt i. Thür. Vorsitzender: Karl Bollrodt, P., Längwitzerstr. 17; Schriftführer: Robert Boge, Br., Uferstr. 16; Kassierer: Albin Gräf, M., Krappgartenstr. 35; Revisoren: Josef Bell, Br., Badergasse 16, Martha Burghardt, Malerin, Güntherstr. 12.

Schäft. Revisor: Johann (nicht Heinrich) Jans, Brenner.

Köln. Schriftführer: Herm. Klein, Köln-Indenthal, Bachemerstraße 246; 2. Vorsitzender: Karl Kemp, Köln-Chrenfeld, Leopstr. 22.

Liegnitz. Vorsitzender: Artur Jung, Polychromer, Feldstr. 19; Schriftführer: Oswald Hoffmann, M., Schloßplatz 2 bei Weibrich; Kassierer: Oskar Fiebig, Glasmaler, Kaiserstr. 14; Revisor: Paul Mannchen, M., Bäckerstr. 24.

Pöck. Kassierer: Paul Pöck, Maler, Gerberstr. 9; Schriftführer: Otto Schmidt, Kapelpresse, Pöck Ost, Rensstädterstr. 164.

Schorndorf. Schriftführer: Wilh. Stängle, Dr., Unterer Marktplatz 28.

Weißwasser. Schriftführer: Kurt Köhlig, Dr., Berlinerstraße.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Althalbendsleben. Montag, den 12. Juli, abends 8 Uhr, bei W. Peters.

Annaburg. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Thielemann, Kleiner Saal.

Arzberg. Samstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Konsumsaal.

Berlin-Charlottenbu. Zahlstellenversammlung am Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Dresdenerstr. 113.

In den demnächst stattfindenden Branchenversammlungen findet die Abstimmung über die Beitragserhöhung statt. Die Kollegen werden ersucht, sich rege an diesen Branchensitzungen zu beteiligen.

Für Mitglieder, die keiner Branche angehören, findet am Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstraße 21, eine kombinierte Sitzung statt, in der die Abstimmung vorgenommen wird.

Blankenhain. Sonnabend, den 10. Juli, 9 1/2 Uhr, in Kleins Lokal. Wegen Abstimmung vollständig erscheinen.

Bonn. Samstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr: Versammlung in der Phönixhalle, Kölnstraße.

Düsseldorf. Samstag, den 10. Juli, 6½ Uhr abends, bei Rib: Versammlung der Zahlstelle Düsseldorf. Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht, da auch die Urabstimmung über die Erhöhung der Beiträge erfolgt.

Königszell. Montag, den 12. Juli, ¼5 Uhr: Mitgliederversammlung. Abstimmung über Beitragserhöhung.

Mannheim. Die Zahlstellenversammlung findet am 10. Juli, abends 6½ Uhr, im Restaurant „Zur Reichskrone“, S. 7, 24, statt.

Reinhaldensleben. Montag, den 12. Juli, abends 6 Uhr, bei Herzog. Mitgliederabstimmung.

Nürnberg. Samstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, Restaurant Bengenfelder, Querstraße.

Oschab. Freitag, den 16. Juli, abends 5 Uhr, im Restaurant „Herberge zur Heimat“.

Schmiedeberg. Betriebsversammlungen am Montag, 12. Juli: Haselbach, nachm. 4 Uhr, im Gerichtsketscham; Erdmannsdorf: Dienstag, den 13. Juli, mittags 12 Uhr, im Fabrikspielfeld; Hirschberg: Dienstag, den 13. Juli, nachm. 4 Uhr, im Gasthof „Zur alten Hoffnung“; Schmiedeberg: Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, „Gasthof zum Hirsch“. Abstimmungen zur Beitragserhöhung. Erscheinen aller notwendig.

Spanbau. Montag, den 12. Juli, nachm. 4 Uhr, bei Wind, Wichelsdorferstr. 4.

Weißwasser. Zahlstellenversammlung am 8. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Sandrik.

Aufruf.

Unser Verbandskollege Max Weigelt befindet sich infolge längerer Krankheit in einer schlechten materiellen Lage. Auch seine Frau ist krank. Unserer Zahlstelle ist es auf die Dauer nicht möglich, ihn so zu unterstützen, wie es jetzt bei der teuren Lebensweise nötig ist. Wir bitten deshalb unsere Verbandskollegen, ein Scherlein mitbeizutragen. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Gelder sind zu senden an Kassierer Oskar Wanderer, Scheibe in Thüringen.

Aufruf.

Unser Mitglied Louis Hädrich befindet sich infolge 39wöchiger Krankheit in großer Notlage. Gegenwärtig ist er in einer Lungenheilstätte und ohne jede Einnahme, da er in allen Klassen ausgesteuert ist. Die Zahlstelle Hermzdorf bittet daher um eine kleine Unterstützung. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Gelder sind zu senden an Kassierer Hugo Kellner, Hermzdorf (S.-A.), Raumburgstr. 24.

Für die Zahlstelle Hermzdorf. Der Kassierer: Hugo Kellner.

Sterbetafel.

Colbig. Richard Förster, Sortierer, geboren am 21. März 1854, gestorben am 16. Juni 1920 an Darmleiden.

Königssee. Eleonora Reise, Porzellanarbeiterin, geboren am 20. Oktober 1854, gestorben am 16. Juni an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Plaue. Ferdinand Fischer, geboren am 14. Juni 1851 zu Plaue (Thür.), gestorben am 17. Juni 1920 an Lungenanschwellung.

Reichshausen. Walter Martin, Maler, geboren am 9. Juli 1901 in Burgk (Sachsen), gestorben am 18. Juni an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

Schlesingen. Carl Henn, Dreher, geboren am 18. Juli 1854 zu Rösen, gestorben am 14. Juni 1920 zu Breitenbach.

Schmiedeberg. Selma Zimmer, Glasurerin, geboren am 20. Juli 1890 in Schmiedeberg, gestorben am 18. Juni 1920 an Gallensteinleiden. Mitglied seit 1919.

Tellau. Adalbert Vogel, Bäcker, geboren am 23. April 1851 in Thensing, gestorben am 11. Juni 1920 an Darmkrebs. Mitglied seit 1918.

Unterweißbach. Hermann Winter, geboren am 29. Juni 1885 zu Eisenbach, gestorben am 13. Juni 1920 an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Dank.

Ich sage hiermit allen Kollegen und Kolleginnen der Porzellanfabrik zu Kloster-Beilsdorf für die Unterstützung, welche sie mir während meiner langen Krankheit zusicherten, meinen besten Dank. Kloster-Beilsdorf, den 25. Juni 1920.

Ernst Bauer.

Zahlstelle Dresden. Mitgliedschaft Meissen.

Sonnabend, den 10. Juli, im Saale der „Geibelburg“ in Meissen.

— Sommergängen —

bestehend aus 30. 1. Besang, turnerischen Aufführungen und Ball. Einlaß 5 Pfg. Beginn 5½ Uhr.

Einer Schenkung steht entgegen

Der Festauschuh.

Arbeitsmarkt.

Dienstag, den 10. Juli, werden kein frankiertes Anker beiliegend, werden nicht weiter beiliegend.

Einige Dreher.

für Hohl- und Flachgeschirre in dauernde Beschäftigung gesucht. Ledige bevorzugt, da für Familien Wohnungsmangel.

Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau i. Sa.

— Tüchtige Dreher —

für Hohlgeschirre (Terrinen, Kaffeekannen) zu sofortigem Gesucht.

Porzellanfabrik Beh, Scherzer & Co., Aktiengesellschaft, Rehau i. Bayern.

Wir suchen einen tüchtigen Tellerdreher, einen Dreher große Hohlgeschirre, und einen Gießer für größere Hohlgeschirre. Angebote an die

Porzellanfabrik Fraureuth, Fraureuth (Reuh).

Geschäfts-Anzeigen.

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Zapfen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau.

Goldhaltige Schmiere — Zapfen — Nische — Rinkel — Flaschen, Alatrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Metalle. Altestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Biete den Kollegen und Kantinen an:

Zigaretten von 18 bis 40 Pf.

(Garantiert reiner Tabak.)

Shagtabak, 50 Gramm 6 Mk.

Zigarren von 80 bis 120 Mk.

Rauchtabak 24, 28, 30 Mk.

— Musterhundert werden versandt per Nachnahme. —

M. Düttenberg, Pasing-München, Planeggerstr. 8.

—: Ueber Lebensmittel Preisliste fordern. —

Goldflaschen :: Zapfen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Heimer, Langewiesen bei Ilmenau.

Segeltuchschuhe mit Ledersohle und Zwickau, billigster Arbeiterschuh! Hauspantoffel — Turnschuhe — Leinwandschuhe, schick in weiß, grau und schwarz, weiße Kinderschuhe kaufen Sie bei A. Mehe, Weißwasser, D.-L., Schuhversand.

— Verlangen Sie Preisliste. —

Ia Nordh. Kantabak (Vereinigte Tabakwerke)

à Rolle 1,75 Mk. Versand von 10 Rollen ab. Ferner Martial-Tabak, rein Uebersee, in 50-Gramm-Paketen à 4,10 Mk., Versand 4 Paketen ab und Nachnahme (oder Vorkasse, portofrei). Reelle Bedienung. Universal-Versand, Hermzdorf, S.-A.

Offeriere hierdurch **Bymocca**, Levantiner Schwämme zu

13, 18, 24 und 35 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenndruckerei. Garnierungsschwämme von 1 bis 10 Mk. pro Stück, diese Zwecke auch geeignete Reeschwämme, das Kilo 120 bis 200 Mk. enthaltend, 250 Mk. pro Kilo. Große, weiche Hartbrennschwämme, Steingutfabriken, das Kilo etwa 35 Stück enthaltend, 350 Mk. pro Kilo. Große prima Elefantenoehren, das Kilo 650 Mk. nur auf feste Vertrauensbestellung, nicht unter 600 Mk. Abgabe einzelner Schwämme als Muster oder Ansichtsendungen lehne ab. Mit großen Fabrikleitungen event. besondere Vereinbarungen. S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerberg.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Gegr.
1856.
Beste
Bedien.



Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art. Preisliste. J. A. Zwickau i. Sa., Osterwälderstr. 22.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiter-Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Hofmeister-Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Hofmeister-Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.